

K O L U M N E



Andreas Renschler
LADW-Vorsitzender
Mitglied Konzernvorstand
Volkswagen AG und CEO TRATON SE

Lateinamerika im Umbruch: Dranbleiben ist die beste Option

Wirtschaftliche und politische Kehrtwenden erregen temporeich und fast simultan zwischen Nord und Süd die über 650 Millionen lateinamerikanischen Gemüter. Seit knapp einem Jahr versuchen die neuen Regierungen in den beiden größten Volkswirtschaften der Region ihre Wahlversprechen umzusetzen. Und das in entgegengesetzter Richtung: In Mexiko mit einer linksgerichteten, in Brasilien mit einer rechtsorientierten, aber wirtschaftsliberalen Agenda. Auch in Argentinien sorgte vor Kurzem die Präsidentschaftswahl mit dem Sieg des linken Oppositionskandidaten Alberto Fernández für einen bedeutenden Politikwechsel und damit den Abschied vom wirtschaftsliberalen Kurs Mauricio Macris. Demonstrationen und Proteste in verschiedenen Ländern zeigen den Unmut von Teilen der Bevölkerung über die aktuelle Regierungspolitik, wie etwa in Ecuador oder aktuell in Chile, dem einstigen Musterkind für Stabilität in der Region. Kurz nach zweifelhaften Wahlen muss jetzt Bolivien mitten in einer politischen Krise einen neuen Präsidenten wählen. Im Gegensatz zu Venezuela, das immer noch unter einem andauernden Ausnahmezustand leidet.

Gerade in einer solchen Lage ist aber eine tiefgehende Auseinandersetzung mit den dortigen Ländern das Gebot der Stunde, damit die langfristigen Perspektiven nicht im derzeit herrschenden Nebel übersehen werden. Denn die momentanen Umstände definieren den Markt nicht allein, die Eigenschaften tun dies vielmehr. Ein gemeinsamer Nenner ist beispielsweise in fast allen aktuellen politischen Spannungen in Lateinamerika zu erkennen: Eine wachsamere Gesellschaft, die mehr als je zuvor an Politik interessiert ist. Dies fordert die etablierten Systeme heraus – egal in welchem Land oder welche Partei. Und gerade diese aufmerksame und anspruchsvolle Gesellschaft ist in den noch relativ jungen Demokratien Lateinamerikas eine wichtige Errungenschaft für mehr Rechtsstaatlichkeit und bessere Rahmenbedingungen in der Zukunft.

Für 2020 bleibt es spannend. Die Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und China hinterlassen auch in der Region ihre Spuren. Die Unternehmen in Lateinamerika werden sich zunächst auf wirtschaftspolitische Ungewissheiten, eine insgesamt abkühlende Konjunktur und eine angespannte Lage einstellen müssen. Jedoch nicht auf Dauer. Auf Umbrüche folgt in Lateinamerika oft der Aufbruch. Und dabei wird die Rolle Brasiliens als Stabilitätsanker umso wichtiger: Schafft es das Land seinen ambitionierten Plan für Strukturreformen, Staatsmodernisierung und Infrastrukturausbau umzusetzen, so werden die Märkte der Region sehr davon profitieren. Ganz zu schweigen von der Marktöffnung Brasiliens, die nun auch Freihandelsabkommen mit den USA, China und anderen Nationen auf die Tagesordnung setzt. Ein Grund mehr für uns in Europa, die Ratifizierung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur zügig anzugehen, solange wir noch im Rennen sind. Dranbleiben ist weiterhin die beste Option! ●

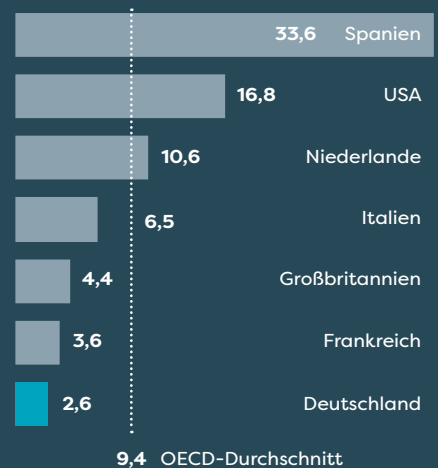
N O T I Z | Die CEO Agenda für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Lateinamerika

Mit dieser Agenda wollen LADW und McKinsey & Company Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft eine aktuelle Faktenbasis für die Diskussion bieten und somit einen Beitrag leisten, eine zukunftsfähige Perspektive für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Lateinamerika zu generieren. Die CEO Agenda wurde von McKinsey & Company für den LADW erarbeitet und deren Hauptkenntnisse in einer Publikation zusammengefasst: <https://ladw.page.link/bjYi> ●

ZAHLEN FAKTEN & MEHR

AUS DER CEO AGENDA GUT ZU WISSEN

ANTEIL DES WELTWEITEN DIREKTINVESTITIONSBESTANDES IN LATEINAMERIKA UND DER KARIBIK NACH HERKUNFTSLAND



2017 | QUELLE: OECD; Analyse McKinsey

EXPORTE AUS DEN USA, CHINA UND DEUTSCHLAND IN DIE REGION IN MRD. US\$



QUELLE: UNCTAD; McKinsey

🔗 **UNTERNEHMEN KÖNNEN IN LATEINAMERIKA MEHR PROFIT MACHEN ALS IN ASIEN.**

LEITARTIKEL

SÜDAMERIKA ERLEBT UNRUHIGE ZEITEN



Alexander Busch

Korrespondent Handelsblatt, Wirtschaftswoche,
NZZ in Lateinamerika**Der Kontinent ist in Aufruhr. Daran wird sich so bald nichts ändern. Wenn Brasilien oder die Weltwirtschaft sich schneller erholen als erwartet, könnte das die Region stabilisieren.**

Die politischen Wechsel in Südamerika finden derzeit so rasant statt, dass man kaum mitkommt. Die überraschenden Wendungen auf dem Kontinent leiteten die Argentinier im August ein. Sie machten klar, dass sie den regierenden wirtschaftsliberalen Präsidenten Mauricio Macri abwählen würden – was sie im Oktober tatsächlich taten. Nun kommt in der zweitgrößten Ökonomie Südamerikas – neben Kolumbien – mit Alberto Fernández wieder ein Peronist an die Macht. Zusammen mit Ex-Präsidentin Cristina Kirchner als Vize ist er angetreten. Für Unternehmer und Investoren ist das kein gutes Omen. Sie haben mit der Linkspopulistin schlechte Erfahrungen gemacht.

Auch in Ecuador und Bolivien ist es zu Aufständen gekommen. In Bolivien musste Präsident Evo Morales das Land verlassen, weil auch Militärs und Polizei ihn nach den Wahlfälschungen nicht mehr unterstützen wollten. Die größte Überraschung stellt jedoch Chile dar: Ausgerechnet im erfolgreichsten und stabilsten Land der Region ist es zu gewalttätigen Massenprotesten gekommen. Inzwischen wollen die Chilenen über eine neue Verfassung verhandeln. Doch die Proteste gehen weiter.

Es sieht derzeit nicht danach aus, als würden die Unruhen in Südamerika so bald aufhören – sie könnten zudem auch auf andere Länder übergreifen. In Peru etwa ist die Lage unsicher, im Januar soll es Neuwahlen geben. Doch die wenigsten Peruaner trauen ihren Politikern noch. In Kolumbien nehmen die Spannungen zu wegen der Flüchtlinge aus Venezuela und der wieder aktiven Guerilla. Auch in Argentinien könnte es in wenigen Monaten zu Protesten kommen, wenn die Wähler merken, dass die neue Regierung kaum Handlungsspielraum hat und vor allem sparen muss.

Die Auslöser für die Spannungen in den Ländern sind unterschiedlich, aber die Gründe für die Unzufriedenheit und Wut sind von Panama bis Patagonien ziemlich ähnlich. Es ist das schwache Wachstum seit fast einer Dekade, welches die Hoffnungen der Armen auf den Aufstieg zunichte gemacht hat. Auch die traditionellen Mittelschichten haben Angst vor dem Abstieg. Sie müssen die schwachen staatlichen Dienstleistungen zunehmend privat bezahlen. Die großen Arm-Reich-Gegensätze und Einkommensunterschiede empören viele. Ebenso, dass die Kampagnen gegen die Korruption zunehmend ausgebremst werden, obwohl sie in einigen Ländern noch nicht mal richtig begonnen haben. Das Risiko wächst, dass einerseits politischen Außenseiter den Frust der Menschen nutzen und mit Hilfe der sozialen Medien am politischen Establishment vorbei aufsteigen werden. Andererseits könnten die Regierungen auch autoritär, also mit Hilfe der Militärs, versuchen, wieder die Ordnung herzustellen. Beides würde die Spannungen noch zusätzlich anheizen.

Dennoch sollte man die Entwicklungen nicht verallgemeinern. In Chile existiert die politische Basis für eine Einigung: Es gibt auf beiden Seiten des politischen Spektrums den Willen, einen Kompromiss zu finden. Es ist schwer vorstellbar, dass die große Mehrheit der Chilenen alles auf Spiel setzen will, was sie in den letzten drei Dekaden aufgebaut hat. Auch stehen die wichtigen Pazifikstaaten wirtschaftlich solide da: Die Inflation ist in Chile, Peru und Kolumbien niedrig, die Haushaltsbilanzen sind ausgeglichen. Die Staaten haben also Spielraum, um Sozialausgaben oder Verteilungsmaßnahmen einzuleiten. Die Ökonomien könnten sich schnell wieder erholen, wenn die Proteste abklingen.

Auch Brasilien könnte mit einer wirtschaftlichen Erholung große Teile Südamerikas stabilisieren. Die Mercosur-Staaten Argentinien, Uruguay, Paraguay, aber auch Bolivien und selbst Chile würden von einem starkem Brasilien Wachstumsimpulse bekommen. Brasilien bewegt sich unter der Regierung von Präsident Jair Bolsonaro auf einem liberalen Reformkurs, etwa bei der Umsetzung der Rentenreform. Weitere Reformpakete mit strengen Ausgabenregeln für die öffentlichen Haushalte will die Regierung jetzt aufgleisen. Ob sie die umsetzen kann, ist offen. Die Konjunktur beginnt sich zu erholen. Ob das ausreicht, um bald schon als Lokomotive ganz Südamerika mitzuziehen, ist derzeit unwahrscheinlich. Dennoch vereinen sich derzeit auf Brasilien mit seinen Reformen die größten Wachstumshoffnungen in einer Region, die überraschend volatil geworden ist.

Stabilisierend könnte auch eine wieder wachsende Nachfrage in der Weltwirtschaft nach Rohstoffen wirken – sowohl agrarische als auch industrielle. Südamerikas Ökonomien und die Staatshaushalte sind überproportional abhängig von Exporten von Primärgütern. Wachsende Steuereinnahmen könnten direkt zum Abbau von sozialen Spannungen eingesetzt werden.

Angesichts des Aufruhrs jetzt sollte man nicht vergessen: Ruhe und Stabilität waren langfristig gesehen in Südamerika eher die Ausnahme, abrupte Wechsel in der Politik und der Konjunktur dagegen meist die Regel. Das sind die meisten Unternehmen gewohnt, die schon länger in Südamerika tätig sind. Auch in den Boomjahren war der Geschäftsalltag in Südamerika keineswegs einfach. ●